

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming
und der Fraktion der AfD**

Haltung der Bundesregierung zur Aktion „Reconquista Internet“ eines ZDF-Fernsehmoderators

Am 26. April 2018 initiierte ein bekannter ZDF-Fernsehmoderator in der ZDF-Sendung „NEO MAGAZIN ROYALE“ eine Aktion unter dem Titel „Reconquista Internet“, deren Ziel die Bekämpfung „rechtspopulistischer“ oder „hasserfüllter rechter Accounts“ ist. Der Moderator rief dazu auf, eine Vielzahl an Twitter-Accounts zu blockieren oder zu melden (www.welt.de/vermischtes/article176031426/Reconquista-Internet-Jan-Boehmermann-ruft-zu-Teilnahme-auf.html). Außerdem deutete er an, IP-Adressen der von ihm so genannten Internet-Nazis der Polizei, der Staatsanwaltschaft Düsseldorf und dem Bundesamt für Verfassungsschutz übergeben zu wollen oder dies bereits getan zu haben: „Vielleicht veröffentlichen auch wir bei #ReconquistaInternet die gefakten IP-Adressen der Internet-Nazis und die Proxy-Server, die sie zur Verschleierung ihrer echten IP-Adressen benutzen. Möglicherweise haben meine Kameraden aber auch diese Liste schon der Polizei und der Staatsanwaltschaft Düsseldorf und dem Bundesamt für Verfassungsschutz übergeben.“ (<https://deutsch.rt.com/inland/69545-boehmermann-zweite-aufregung-um-reconquistainternet>). Überdies wurde eine „schwarze Liste“ mit mittlerweile weit über tausend Twitter-Accounts angeblicher „rechter Trolle“ veröffentlicht, unter denen sich auch die Accounts von Bundestagsabgeordneten befinden (www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_83735520/kritik-an-aktion-gegen-rechts-fdp-strategin-schiebst-gegen-boehmermanns-reconquista.html).

Aus Sicht der Fragesteller stellt diese Form des öffentlichen An-den-Pranger-Stellens eine missbräuchliche und unstatthafte Instrumentalisierung einer Sendung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens dar (<https://twitter.com/neomagazin>). Das gilt auch mit Blick auf die Indienstnahme der sozialen Netzwerke der öffentlich-rechtlichen Medien für die Aktion „Reconquista Internet“. Es stellt sich deshalb die Frage, ob und ggf. welche Initiativen die von der Bundesregierung entsandten Vertreter des Bundes im ZDF-Fernsehrat ergriffen haben, um dieser Aktion Einhalt zu gebieten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilen die Vertreter des Bundes im ZDF-Fernsehrat nach Kenntnis der Bundesregierung die Auffassung, dass der ZDF-Fernsehmoderator mit der Aktion „Reconquista Internet“ die journalistischen Sorgfaltspflichten verletzt hat?
 - a) Falls nein, warum nicht?
 - b) Falls ja, welche Maßnahmen haben die Vertreter des Bundes bisher ergriffen, um gegen diese Aktion vorzugehen?
2. Sind die Vertreter des Bundes im ZDF-Fernsehrat nach Kenntnis der Bundesregierung der Meinung, dass ein Boykottaufruf (Blockierung von Twitter-Accounts) eines Moderators in einer Sendung des ZDF das öffentlich-rechtliche Fernsehen unzulässig instrumentalisiert?
3. Falls die Vertreter des Bundes diese Meinung teilen, haben sie diese Position im ZDF-Fernsehrat zur Sprache gebracht?
 - a) Falls ja, mit welchem Ergebnis?
 - b) Falls nein, warum nicht?
4. Haben die Vertreter des Bundes im ZDF-Fernsehrat nach Kenntnis der Bundesregierung Hinweise darauf, dass die Aktion „Reconquista Internet“ des ZDF-Fernsehmoderators im Vorfeld mit der ZDF-Leitung abgestimmt war?
 - a) Falls ja, welcher Art sind diese Hinweise, und wann erfolgte die Abstimmung?
 - b) Falls nein, kann daraus geschlossen werden, dass das ZDF im Vorfeld dieser Aktion in keiner Weise informiert war?
5. Wie beurteilen die Vertreter des Bundes im ZDF-Fernsehrat nach Kenntnis der Bundesregierung die Indienstnahme sozialer öffentlich-rechtlicher Netzwerke durch den ZDF-Fernsehmoderator für die Kampagne „Reconquista Internet“?
6. War diese Indienstnahme nach Kenntnis der Bundesregierung Thema im ZDF-Fernsehrat?
 - a) Falls ja, mit welchem Ergebnis?
 - b) Falls nein, warum nicht?
7. Haben die Vertreter des Bundes im ZDF-Fernsehrat nach Kenntnis der Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie und nach welchen Kriterien die Reconquista-Internet-Liste des ZDF-Fernsehmoderators entstanden ist?

Falls ja, können die Vertreter des Bundes zu den Umständen des Entstehens der Liste nähere Angaben machen?
8. Erwägen die Vertreter des Bundes im ZDF-Fernsehrat nach Kenntnis der Bundesregierung eine Initiative im Fernsehrat, damit eine derartige Indienstnahme sozialer öffentlich-rechtlicher Netzwerke für einseitige politisch motivierte Aktionsaufrufe von Mitarbeitern des ZDF in Zukunft unterbleibt?
 - a) Falls nein, warum nicht?
 - b) Falls ja, welche konkrete Initiative haben die Vertreter des Bundes im Blick?

9. Wie stellen sich die Vertreter des Bundes im ZDF-Fernsehrat nach Kenntnis der Bundesregierung zur Weiterbeschäftigung des ZDF-Fernsehmoderators der Sendung „NEO MAGAZIN ROYALE“?
- a) Falls die Vertreter des Bundes für eine Weiterbeschäftigung plädieren, was sind die Gründe hierfür?
 - b) Falls die Vertreter des Bundes gegen eine Weiterbeschäftigung plädieren, was sind die Gründe hierfür?

Berlin, den 11. Mai 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

